

# **Pressemitteilung Unternehmen unter Druck: 13.000 Menschen für Transparenz bei Schuh und Leder – Branche verspricht Verbesserungen mit Ausbau der CADS-Initiative**

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

[Berlin/Bonn, 17.01.2018] – AktivistInnen der Kampagne Change Your Shoes haben heute in Berlin 13.606 Unterschriften an Birkenstock übergeben. Mit der Petition „Transparenz statt Versteckspiel“ fordern sie europäische Schuhmarken und -händler auf, transparent über die Einhaltung der Menschenrechte sowie über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu berichten. Auch an den größten deutschen Schuhfachhändler Deichmann und an den Verband der Schuh- und Lederindustrie HDSL wurden die Forderungen bereits überreicht. Schuhfirmen in Deutschland versprechen nun mit der Erweiterung der CADS-Initiative Verbesserungen in Sachen Arbeits- und Sozialstandards in den Produktionsländern. Dafür müssen aber Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen bei den Überprüfungen einbezogen werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher fordern die Schuhunternehmen auf, einen existenzsichernden Lohn zu zahlen und dafür zu sorgen, dass die Menschenrechte garantiert werden. „Unternehmen müssen transparent über ihre Zulieferketten berichten“, sagt Anton Pieper von SÜDWIND. „Es ist höchste Zeit, dass sie glaubhaft darlegen, wie sie Arbeiterinnen und Arbeiter schützen und Umweltverschmutzung an den Produktionsstätten vermeiden wollen.“ Denn ob in Asien oder Europa: Immer wieder werden in Schuhfabriken oder Gerbereien

Menschen- und Arbeitsrechte verletzt oder Schäden für Umwelt und Gesundheit verursacht – für die im Ausland produzierenden Unternehmen häufig ohne Folgen.

Die Proteste von Change Your Shoes zeigen nun Wirkung. Birkenstock erklärte bei der Unterschriftenübergabe: „Wir verstehen das gestiegene Informationsbedürfnis der Verbraucher, das die Petition zum Ausdruck bringt. Die CADS-Initiative ist ein wichtiges Instrument, um der Verwendung riskanter Stoffe bei der Herstellung von Schuhen zu begegnen. Als Produktionsunternehmen legen wir großes Augenmerk auf die Arbeitsbedingungen, insbesondere auf die Arbeitssicherheit, wo wir sehr eng mit der Berufsgenossenschaft zusammenarbeiten.“

Berndt Hinzmann vom entwicklungspolitischen INKOTA-netzwerk ordnet ein: „Die Textilindustrie hat in den vergangenen Jahren Fortschritte in Sachen Transparenz gemacht, die Schuhbranche hinkt weiter hinterher. Mit der Erweiterung der CADS gibt es nun offenbar ein Umdenken in der Branche hin zu umfassender und konkreter sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit und Sorgfaltspflicht. Das ist längst überfällig. Aber den Worten müssen Taten folgen. Die Zeit für Willensbekundungen ist vorbei. Konkrete Maßnahmen vor Ort, unabhängige Überprüfung und umfassende Information über tatsächliche Fortschritte erhöhen die Glaubwürdigkeit.“

Mit CADS wollen sich 80 Unternehmen aus Industrie und Handel für Nachhaltigkeit in der Schuh- und Lederwarenindustrie einsetzen (u.a. Gabor, Deichmann, Lowa, Ara und Hamm Reno). CADS hat in Aussicht gestellt, ab Anfang 2018 konkrete Maßnahmen im Bereich Arbeitsrechte und Sozialstandards vorzulegen. Auch der Verband der Schuh- und Lederindustrie HDSL hat nach eigenen Angaben die Arbeitsrechte auf der Agenda. Ob dies Verbesserungen in den Produktionsstätten bewirkt, lässt sich allerdings nur durch eine unabhängige Verifizierung, die Einbeziehung von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie durch transparente Information gegenüber der Öffentlichkeit belegen.

### **Weitere Informationen:**

- Fotos von der Übergabe der Unterschriften an Deichmann
- Fotos von der Übergabe der Unterschriften an Birkenstock sind auf Anfrage ab 16 Uhr bei INKOTA verfügbar

### **Ansprechpartner:**

Anton Pieper

SÜDWIND

Tel.: +49 (0)176-96822859

E-Mail: [pieper@suedwind-institut.de](mailto:pieper@suedwind-institut.de)

Berndt Hinzmann

INKOTA-netzwerk

Tel.: +49 (0)160-9469 8770

E-Mail: [hinzmann@inkota.de](mailto:hinzmann@inkota.de)

---

# **Zwischen Recht und Realität. Neue SÜDWIND-Studie zu Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen**

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

Bonn, 09.11.2017: Vor fast 70 Jahren wurde das internationale Arbeitsrecht um zwei zentrale Abkommen zur Vereinigungsfreiheit und zum Recht auf Kollektivverhandlungen erweitert, zwei Abkommen, ohne deren Umsetzung menschenwürdige Arbeitsbedingungen nicht durchgesetzt werden können.

Das Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts (Nr. 87 von 1948) und das Übereinkommen über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und

des Rechtes zu Kollektivverhandlungen (Nr. 98 von 1949) wurden zwar von vielen ILO-Mitgliedsstaaten im Laufe der letzten Dekaden ratifiziert. Allerdings zählen wichtige Wirtschaftsnationen wie China oder die USA zu den ILO-Mitgliedern, die diese Übereinkommen nach wie vor nicht ratifiziert haben. Außerdem gehören Staaten wie China und Bangladesch, in denen diese Rechte massiv verletzt werden, zu den wichtigsten Lieferanten von Bekleidung für den europäischen Markt.

Die vorliegende Studie führt in die Entstehung und Inhalte dieser zwei Kernarbeitsnormen Nr. 87 und Nr. 98 ein und erläutert das Aufsichtssystem, mit dem die ILO die Einhaltung dieser Übereinkommen überprüft.

Am Beispiel von China und Bangladesch stellt die Studie dar, wie heute, fast 70 Jahre nach der Annahme der Übereinkommen, die Verankerung von Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen im nationalen Recht aussieht und wie sie sich in der Realität gestaltet.

„In beiden Ländern existieren eklatante Mängel in der Umsetzung der Übereinkommen“, so die Autorin der Studie, SÜDWIND-Mitarbeiterin Sabine Ferenschild. „In China haben Beschäftigte überhaupt kein Recht auf die Gründung oder die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ihrer Wahl. In Bangladesch ist dieses Recht zwar vorhanden, aber durch die nationale Gesetzgebung mit hohen Hürden belegt. Dadurch werden diese beiden Länder zu Hoch-Risikoländern für Beschäftigte.“

Vor dem Hintergrund, dass immer noch nicht alle Mitgliedsstaaten der ILO die Kernarbeitsnormen Nr. 87 und Nr. 98 ratifiziert haben, formuliert die Studie als eine abschließende Forderung, dass die ILO eine Offensive zu weiteren Ratifizierungen dieser wichtigen Übereinkommen anstrengen muss. Die Autorin betont aber auch, „dass im Rahmen der Umsetzung unternehmerischer Sorgfaltspflichten zur Aufgabe von Unternehmen gehört, die Umsetzung der Rechte auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen in den Zulieferbetrieben zu einem Kriterium für die Auftragsvergabe zu machen.“

Ergänzt wird die Studie durch ein Ende November erscheinendes vierseitiges Fact Sheet, das die Inhalte der Studie knapp zusammenfasst.

Die Studie, die von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert wurde, ist Teil von insgesamt sechs Studien zur Internationalen Arbeitsorganisation, die SÜDWIND in diesem und im nächsten Jahr vorlegen wird.

[Download](#) | [Bestellung](#)

**Ansprechpartnerin:**

Dr. Sabine Ferenschild

Telefon: 0228- 763698-16

E-Mail: [ferenschild@suedwind-institut.de](mailto:ferenschild@suedwind-institut.de)

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201, 53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-14

[info\(at\)suedwind-institut.de](mailto:info(at)suedwind-institut.de)

[www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de)

---

# **Gepantes UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten: Vertragsentwurf ist gute Verhandlungsgrundlage**

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

Pressemeldung

Berlin/Aachen, 10. Oktober 2017: Vom 23. bis 27. Oktober findet im UN-Menschenrechtsrat in Genf die dritte Verhandlungsrunde zur Erarbeitung eines internationalen Abkommens („UN-Treaty“) zur Haftung von Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen statt. Die Sitzungsleitung hat nun erstmals konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung des Vertrags vorgelegt. 15 deutsche Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen der „Treaty Alliance Deutschland“ begrüßen den Text als gute Verhandlungsgrundlage und fordern die Bundesregierung auf, sich konstruktiv an den anstehenden Verhandlungen zu beteiligen. In einem gemeinsamen Positionspapier legen die Organisationen ihre konkreten Vorschläge zur Ausgestaltung des Abkommens vor.

Armin Paasch, Referent für Wirtschaft und Menschenrechte bei MISEREOR: „Das neue Abkommen bietet die Chance, die globale Wirtschaftsordnung grundlegend zu verändern. Unternehmen ist es dann nicht mehr möglich, Regierungen vor sich herzutreiben und vor Schiedsgerichten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn sie Konzerne daran hindern wollen, Grundgewässer zu verseuchen, die Luft zu verschmutzen oder die Rechte von Ureinwohnern zu missachten. Zwei Drittel dieser Klagen richten sich heute gegen Länder des Globalen Südens. Menschenrechte hätten endlich Vorrang vor den Interessen von Investoren und transnationalen Konzernen.“

Ernst-Christoph Stolper, stellvertretender Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): „Für einen Erfolg des Treaty ist die Mitarbeit Europas von zentraler Bedeutung. Wir wollen, dass Deutschland als ökonomisch stärkstes Land der EU für den Erfolg der Verhandlungen Verantwortung übernimmt. Nicht immer mehr Rechte für internationale Konzerne, sondern der Schutz von Bürgerinnen und Bürgern und Belegschaften stehen auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung muss nun zeigen, dass sie es mit dem Schutz sozialer und umweltbezogener Menschenrechte ernst meint.“

Sarah Lincoln, Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte

bei Brot für die Welt: „Deutsche Unternehmen profitieren in ihren weltweiten Geschäften von niedrigen Umweltstandards und sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen, immer wieder kommt es zu Katastrophen wie dem Einsturz der Rana-Plaza Textilfabrik in Bangladesch, bei dem mehr als 1000 Menschen starben. Eine Entschädigung bekommen die Betroffenen in der Regel nicht. Das soll der Treaty ändern: Unternehmen sollen verpflichtet werden, in ihren globalen Geschäften die Menschenrechte zu achten und müssen bei Verstößen haften.“

Der UN-Menschenrechtsrat hatte im Juni 2014 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um verbindliche Regeln für Unternehmen zu schaffen und den Geschädigten Klagemöglichkeiten zu eröffnen. Wesentliche Ziele sind die Haftung von Konzernen für ihre komplette Zulieferkette, Rechtsschutz für Geschädigte auch in den Heimatländern der Unternehmen, der Vorrang der UN-Menschenrechtsverträge vor Handels- und Investitionsschutzabkommen sowie die Schaffung von Mechanismen zur Einhaltung des Abkommens.

Die „Treaty Alliance Deutschland“ unterstützt und begleitet den Verhandlungsprozess. Dem Bündnis gehören bislang folgende Verbände an: Attac Deutschland, Brot für die Welt, BUND, Christliche Initiative Romero, CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, FIAN Deutschland, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile- Lateinamerika (FDCL), Forum Fairer Handel, Forum Umwelt und Entwicklung, Global Policy Forum, Medico International, MISEREOR, PowerShift, SÜDWIND und WEED.

#### **weiterführende Informationen:**

- Vertragsentwurf der Regierung von Ecuador: [bit.ly/2fF5crq](http://bit.ly/2fF5crq)
- Positionspapier der Treaty Alliance: [bit.ly/TA\\_Positionspapier](http://bit.ly/TA_Positionspapier)
- tägliche Berichte von den Verhandlungen: [www.attac.de/genf-treaty-tagung](http://www.attac.de/genf-treaty-tagung)

#### **Pressekontakte:**

- Sigrid Wolff, BUND-Pressesprecherin, Tel. 030-27586-425, E-Mail: presse@bund.net
  - Brot für die Welt: Anne Dreyer, Tel.: 030 65211 4430, E-Mail: presse@brot-fuer-die-welt.de
  - MISEREOR: Rebecca Struck, Tel.: 0241 442 110, E-Mail: RebeccaStruck@misereor.de
- 

# **Ein starker Schritt für Menschenrechte! Zeigt uns, wer unsere Schuhe macht!**

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018  
Pressemitteilung

**Schuhmarken und Händler müssen transparent über die Einhaltung der Menschenrechte berichten**

**SÜDWIND fordert als Teil der Kampagne Change Your Shoes von deutschen und europäischen Schuhunternehmen wie u. a. Deichmann und Birkenstock die Offenlegung ihrer gesamten Lieferkette.**

Bonn, 9. Mai 2017 – 23 Milliarden Paar Schuhe werden weltweit pro Jahr produziert. Wir in Deutschland kaufen davon jährlich durchschnittlich fünf Paar. Woher kommen diese Schuhe? Wie wurden sie hergestellt? „Auf der Schuhverpackung oder am Schuh selbst sucht man vergeblich nach Informationen über Produktions- und Arbeitsbedingungen“, kritisiert Dr. Sabine Ferenschild von SÜDWIND. Mit der Forderung nach mehr Transparenz in der Schuhindustrie startet heute eine europaweite Kampagne.

In den vergangenen zwei Jahren fanden Recherchen zu den Arbeitsbedingungen im Schuhsektor in elf Ländern statt: „Die überwiegende Zahl der Befragten erhält keinen existenzsichernden Lohn“, sagt Ferenschild. In Indonesien nähen mehr als 40.000 HeimarbeiterInnen in Handarbeit Schuhoberteile und bekommen dafür zwischen 20 und 30 Cent pro Paar. Der Mindestlohn in Bosnien Herzegowina, Mazedonien und Rumänien liegt zwischen 145 und 165 Euro pro Monat. Im Vergleich dazu liegt dieser in der Provinz Dongguan, China bei umgerechnet 213 Euro. Weder chinesische noch osteuropäische ArbeiterInnen können mit diesem Lohn einen angemessenen Lebensunterhalt für sich und ihre Familien bestreiten. Türkische ArbeiterInnen berichten von Hautkrankheiten, Gleichgewichtsstörungen und Asthma durch das Hantieren mit Farben, Kleber und Lösungsmittel. Die Befragten beklagen, dass sie nicht krankenversichert sind und gewerkschaftliche Organisierung nicht zugelassen wird. „Wir haben in den letzten Jahren Hunderte Fälle von Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Egal wo, die Geschichten der Arbeiterinnen und Arbeiter wiederholen sich in erschütternder Weise“, resümiert Sabine Ferenschild.

Eine weltweite und vielgliedrige Kette von Produktionsstätten trennt uns KonsumentInnen von den ProduzentInnen. SÜDWIND sowie die anderen Mitglieder der Change Your Shoes-Kampagne fordern ein Ende der Verschleierung von Produktionsbedingungen und die Veröffentlichung der gesamten Produktionskette. Diese Transparenz ermöglicht einerseits ArbeiterInnen und Gewerkschaften gezielt auf Probleme aufmerksam zu machen. KonsumentInnen können andererseits Informationen über Produktions- und Arbeitsbedingungen bei ihrer Kaufentscheidung berücksichtigen.

In der heute gestarteten Petition „Ein starker Schritt für Menschenrechte“ werden deutsche Schuhunternehmen wie u. a. Deichmann, Birkenstock aufgefordert, ihre Zulieferkette zu veröffentlichen und über Menschenrechtsstandards zu

informieren.

KonsumentInnen sind eingeladen, die Petition „Starker Schritt für Menschenrechte. Zeigt uns, wer unsere Schuhe macht“ unter [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de) zu unterstützen.

### **Kontakt:**

Dr. Sabine Ferenschild

Tel.: +49 (0)228-76 36 98-16

E-Mail: [ferenschild@suedwind-institut.de](mailto:ferenschild@suedwind-institut.de)

Change Your Shoes ist eine Initiative von 18 Menschenrechts- und Arbeitsrechtsorganisationen, die sich für eine nachhaltige und ethische Schuhlieferkette einsetzen. Indem die Kampagne KonsumentInnen für einen nachhaltigen Lebensstil sensibilisiert, Lobbyarbeit bei PolitikerInnen und Labelorganisationen leistet und Unternehmen drängt, ihre Sorgfaltspflichten wahrzunehmen, zielt sie darauf ab, soziale und ökologische Bedingungen in der Schuh- und Lederindustrie zu verbessern.

---

# **Neue Studie erschienen: „Zwei Paar Schuhe? – Indonesische Lederschuhproduktion und Arbeitsrechte“**

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

Pressemitteilung

Bonn/Berlin, 01. März 2017: Will man wissen, unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen unsere Lederschuhe

hergestellt werden, lohnt sich ein Blick nach Indonesien. Das Land ist mit rund 1 Mrd. Paar Schuhen bzw. einem Weltmarktanteil von 4,4 % der viertgrößte Schuhproduzent nach China, Indien und Vietnam. Die Arbeitsbedingungen im indonesischen Schuh- und Ledersektor lassen jedoch zu wünschen übrig, und das trotz bemerkenswerter arbeitsrechtlicher Errungenschaften und weitreichender gesetzlicher Bestimmungen. Das sind die Ergebnisse einer heute erschienenen Studie von SÜDWIND und INKOTA.

In der Studie wird gezeigt, dass extrem niedrige Löhne, fehlende Gewerkschaften bzw. eine massive Einschränkung der Versammlungsfreiheit, nicht gezahlte Sozialversicherungsbeiträge und Bestrafungen von ArbeiterInnen keine Seltenheit sind. Dabei sticht insbesondere die prekäre und rechtlose Situation der HeimarbeiterInnen ins Auge. Sie verfügen weder über Arbeitsverträge noch eine Sozialversicherung. Sie arbeiten zudem zu Löhnen, die nur einen Bruchteil des lokalen Mindestlohns ausmachen. „Es hat sich gezeigt, dass die Arbeitsbedingungen in der gesamten indonesischen Leder- und Schuhindustrie in Indonesien dringend verbessert werden müssen“, so Anton Pieper von SÜDWIND, einer der AutorInnen der Studie.

Die Studie basiert auf Befragungen, die vom Change Your Shoes-Partner TURC (Trade Union Rights Centre) in den Jahren 2015 und 2016 durchgeführt wurden. Interviewt wurden ArbeiterInnen aus Fabriken, die u. a. für die europäischen Markenunternehmen Ara, Deichmann und Ecco Lederschuhe herstellen.

„Die Aussagen der ArbeiterInnen widersprechen in vielen Fällen denen der Unternehmen, die auf die hohen arbeitsrechtlichen Standards ihrer Verhaltenskodizes und CSR-Initiativen verweisen“ so Nora Große von INKOTA.

Die HerausgeberInnen fordern, dass Unternehmen endlich ihre Hausaufgaben machen und Verantwortung übernehmen. „Verhaltenskodizes und CSR-Initiativen sind nur dann nachhaltig, wenn sich die Verantwortlichen ernsthaft und

konsequent für die Einhaltung und Durchsetzung der grundlegenden Menschen- und Arbeitsrechte entlang der gesamten Wertschöpfungskette einsetzen“, so Pieper weiter.

Studie und Fact Sheet stehen [gedruckt](#) und zum Download ([Studie](#) | [Fact Sheet](#)) zur Verfügung.

#### **Kontakt:**

Anton Pieper, SÜDWIND, Tel.: +49 (0)228-76 36 98-18, E-Mail: [pieper@suedwind-institut.de](mailto:pieper@suedwind-institut.de)

Nora Große, INKOTA-netzwerk, Tel.: +49 (0)30-4208202-53, E-Mail: [grosse@inkota.de](mailto:grosse@inkota.de)

Change Your Shoes ist eine Initiative von 18 Menschenrechts- und Arbeitsrechtsorganisationen, die sich für eine nachhaltige und ethische Schuhlieferkette einsetzen. Indem die Kampagne KonsumentInnen für einen nachhaltigen Lebensstil sensibilisiert, Lobbyarbeit bei PolitikerInnen und Labelorganisationen leistet und Unternehmen drängt, ihre Sorgfaltspflichten wahrzunehmen, zielt sie darauf ab, soziale und ökologische Bedingungen in der Schuh- und Lederindustrie zu verbessern. Das Projekt wird von der Europäischen Union finanziell unterstützt sowie von Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Engagement Global im Auftrag des BMZ. Für den Inhalt sind die Herausgebenden allein verantwortlich.

---

**Neue SÜDWIND-Studie  
erschienen: „Nachhaltigkeit**

# **braucht Gerechtigkeit. Die Bedeutung existenzsichernder Löhne und Einkommen für eine Green Economy“**

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018  
Pressemitteilung

Bonn, 21. Februar 2017: Unsere Weltwirtschaft kann und wird erst dann nachhaltig sein, wenn nicht nur ökologische Kriterien in allen Wertschöpfungsketten eingehalten werden, sondern auch grundlegende Menschenrechte. Das wird gestützt von den Ergebnissen einer heute vorgelegten SÜDWIND-Studie, die den Aspekt existenzsichernder Löhne und Einkommen thematisiert. Demnach sind zwar bei der Definition existenzsichernder Löhne und Einkommen erhebliche Fortschritte erzielt worden, es mangelt aber noch an einer flächendeckenden Umsetzung.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) fordert ein verändertes Wirtschaftssystem, eine „Green Economy“, die zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise führen soll. Dabei sollen ökologische Reformen mit sozialen Verbesserungen verknüpft werden. „Endlich wird anerkannt, dass eine Transformation der Weltwirtschaft nur dann nachhaltig sein kann, wenn ökologische Verbesserungen von sozialen Fortschritten begleitet werden“, sagt Friedel Hütz-Adams, Autor der Studie. In den vergangenen Jahren haben sich parallel zu den Diskussionen über eine ökologisch orientierte Transformation die Auseinandersetzungen darüber intensiviert, welche Verantwortung Unternehmen in ihren Wertschöpfungsketten für die Einhaltung von Menschenrechten haben. „Ein zentraler Aspekt bei der Umsetzung von grundlegenden Menschenrechten ist die Zahlung existenzsichernder Löhne für Beschäftigte sowie

existenzsichernder Einkommen für selbständige Bäuerinnen und Bauern. Ohne existenzsichernde Löhne und Einkommen werden sich Armut, Hunger und ein fehlender Zugang zu Bildung und Gesundheit nicht dauerhaft reduzieren lassen“, so Hütz-Adams weiter.

In verschiedenen Branchen wird derzeit versucht, die Höhe existenzsichernder Löhne und Einkommen festzulegen. Diese Bemühungen werden in der Studie erörtert und erste Ergebnisse zusammengefasst. Dabei zeigen sich in einigen Bereichen bereits erhebliche Fortschritte bei der Definition dessen, was „existenzsichernd“ bedeutet und was erforderlich ist, um eine Existenzsicherung zu erreichen. „Es bleibt viel zu tun. Alle Beteiligten innerhalb der Wertschöpfungskette werden bei der Umsetzung des grundlegenden Menschenrechts auf existenzsichernde Löhne und Einkommen mitarbeiten müssen, denn es wird deutliche Veränderungen in Wertschöpfungsketten geben. Dies wird Einfluss auf die Preise vieler Produkte haben.“

Die von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderte Studie sowie das zusammenfassende Fact Sheet sind Teil des Projekts „Green Economy“. Beide können über <http://www.suedwind-institut.de/publikationen/2017/> oder [info@suedwind-institut.de](mailto:info@suedwind-institut.de) bestellt werden und stehen ebenfalls unter: <http://www.suedwind-institut.de/publikationen/2017/> zum Download bereit.

Kontakt:

Friedel Hütz-Adams

Telefon: 0228- 763698-15

E-Mail: [huetz-adams@suedwind-institut.de](mailto:huetz-adams@suedwind-institut.de)

---

# Neue SÜDWIND-Fact Sheets zur „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG)“ erschienen

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018  
Pressemitteilung

Bonn, 12.12.2016: Mit der Agenda 2030 einigte sich die internationale Gemeinschaft im Jahr 2015 auf einen umfangreichen Orientierungsrahmen. Als Kernstück zur Umsetzung gelten die „Nachhaltigen Entwicklungsziele“ (Sustainable Development Goals – SDG). Für ihre Umsetzung besteht ein hoher Bedarf an Investitionen. Das ist Geld, das die Entwicklungsländer alleine nicht werden aufbringen können. Die internationale Gemeinschaft setzt angesichts knapper Kassen stark auf private Unternehmen und Investoren. Für entsprechende Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor werden auch Finanzmittel aus der Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt. SÜDWIND hat hierzu zwei Fact Sheets veröffentlicht und zeigt auf, dass das Engagement des Privatsektors kein Eigenläufer zur Erreichung der SDG ist, sondern vielmehr in entsprechende Bahnen gelenkt werden muss.

Im Fact Sheet „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Die Rolle des Privatsektors“ wird untersucht, für welche der 17 SDG der Privatsektor von besonderer Relevanz ist. „Das Potenzial privater Investitionen ist sehr groß, gleichzeitig müssen aber auch die Risiken im Auge behalten werden“, meint Irene Knoke, Autorin der Fact Sheets. Das SDG 8 beispielsweise, bei dem es um Fragen des Wirtschaftswachstums geht, beinhaltet produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit gleichrangig. „Wachstum ist kein Wert

für sich allein, sondern wird nur zum Ziel, wenn es allen gleichermaßen nutzt. Das ist nicht automatisch der Fall“, so Knoke weiter. „Hier ist die Privatwirtschaft ganz klar gefordert, denn noch immer gibt es in den globalen Lieferketten teilweise große Missstände bis hin zu Kinderarbeit und Sklaverei. Das ist nicht hinnehmbar und mit den SDG unvereinbar.“

Das Potential der Privatwirtschaft hat auch die Entwicklungszusammenarbeit erkannt und stärker ins Zentrum ihres Handelns gerückt. Das Fact Sheet „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Kooperationen mit dem Privatsektor“ beschäftigt sich mit verschiedenen Kooperationsformen zwischen dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft, die im Rahmen der SDG noch weiter an Bedeutung gewinnen werden. Am bekanntesten sind die öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP). Die Erfahrungen sind hier aber durchaus sehr gemischt. „Viele Probleme wie fehlender Zugang zu Wasser- und Elektrizitätsversorgung und Telekommunikationsinfrastruktur konnten mit Hilfe von PPP nicht kostengünstig und effizient gelöst werden“, sagt Pedro Morazan, Mitautor der Fact-Sheets. „Es gibt sogar Beispiele, die zeigen, dass manche Dienstleistungen über Gebühren so verteuert wurden, dass sie den Zugang für die Armen sogar erschwert haben. Auch die versprochenen Verbesserungen in der Qualität von Dienstleistungen wurden oft nicht erreicht“, so Morazan weiter.

„Mit besonderer Sorge sehen wir aber auch das sogenannte Blending“, meint Morazan. Beim Blending werden öffentliche Zuschüsse risikomindernd eingesetzt, so dass Kapital vom freien Kapitalmarkt angelockt und mit diesen Zuschüssen gemischt wird. Damit soll auch das immense Investitionspotential von institutionellen Investoren wie Pensionsfonds oder Versicherungen genutzt werden. „Diese auf den ersten Blick vielleicht charmante Idee ist aber gerade für die ärmsten Länder völlig ungeeignet, denn von allen Formen

der finanziellen Zusammenarbeit ist Blending die teuerste. Angesichts des hohen Anteils von Krediten zu Marktkonditionen steigt eher das Verschuldungsrisiko, als dass man dies als Entwicklungshilfe bezeichnen könnte.“

Eine Beteiligung des Privatsektors wird zur Erreichung der SDG unerlässlich sein, es müssen aber Vorkehrungen getroffen werden, dass solche Investitionen auch im Sinne der SDG ausgestaltet werden. SÜDWIND fordert u.a. die Entwicklung von legal verpflichtenden Instrumenten, um die Tätigkeit von multinationalen Unternehmen zu regulieren und Menschenrechtsverletzungen auszuschließen, sowie regelmäßige Wirkungsevaluierungen von Auswirkungen auf Umwelt, Menschenrechte und Gendergerechtigkeit im Vorfeld von Handels- und Investitionsvereinbarungen.

SÜDWIND wird in diesem von Engagement Global im Auftrag des BMZ und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderten Projekt „Privatsektor und SDG“ bis Ende 2017 3 Studien und 5 Fact Sheets veröffentlichen und eine Tagung in Bonn ausrichten.

Die Fact Sheets können hier oder über [info@suedwind-institut.de](mailto:info@suedwind-institut.de) bestellt werden und stehen auch zum Download zur Verfügung.

**Kontakt:**

Irene Knoke

Telefon: 0228- 763698-13

E-Mail: [knoke@suedwind-institut.de](mailto:knoke@suedwind-institut.de)

Vera Schumacher

Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising /

Public Relations and Fundraising

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-14

Fax: +49 (0)228-763698-22

E-Mail: [schumacher@suedwind-institut.de](mailto:schumacher@suedwind-institut.de)

Website: [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de)

---

# **Der Fair Finance Guide Deutschland hat zum zweiten Mal deutsche Geldhäuser unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten analysiert und verglichen: GLS Bank und Triodos weiterhin an der Spitze – Postbank ist neues Schlusslicht**

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

**Berlin (15.11.2016)** – Der Fair Finance Guide – das erste frei zugängliche Informationsportal zur Überprüfung der sozialen und ökologischen Richtlinien deutscher Banken – hat heute seine zweite Untersuchung veröffentlicht. Im Vergleich zur Premiere im März dieses Jahres wurde die Zahl der untersuchten Banken auf zehn vergrößert. Analysiert und verglichen wurden die Richtlinien deutscher Banken zu ökologischen und sozialgesellschaftlichen Aspekten und der Art der Unternehmensführung (ESG) sowie deren Einhaltung. Ein zentraler Befund: Die Nachhaltigkeitsrichtlinien von acht

Banken haben sich seit der ersten Untersuchung verbessert, doch es gibt aus Sicht der Nichtregierungsorganisationen, die hinter dem Guide stehen, weiterhin inakzeptable Defizite.

Die Platzierungen: Die GLS Bank und Triodos liegen erneut an der Spitze, Neueinsteiger Postbank nimmt den letzten Platz ein. Vergleichsweise schlecht steigt auch die zweite neu untersuchte Bank, die HypoVereinsbank (UniCredit Deutschland), ein: Rang 7 unter den zehn untersuchten Geldinstituten. Die katholische Pax-Bank, die bei der ersten Untersuchung noch die schlechteste Bewertung erhielt, macht einen großen Sprung auf Platz 4, direkt hinter die evangelische Bank für Kirche und Diakonie (KD-Bank). Unter den konventionellen Großbanken ist die Commerzbank nach wie vor bestplatziert und liegt vor der Deutschen Bank, deren ESG-Selbstverpflichtungen sich aber auch spürbar verbessert haben. Die DZ Bank und die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) treten auf der Stelle.

Obwohl laut einer forsa-Umfrage 72 Prozent der Deutschen genau wissen wollen, wie Banken ihre Gelder verwenden, halten sich diesbezüglich viele Geldhäuser nach wie vor bedeckt, so ein Ergebnis der Analyse. „Das Schweigen der Banker muss ein Ende haben“, fordert Thomas Küchenmeister, geschäftsführender Vorstand der Nichtregierungsorganisation Facing Finance, die den Fair Finance Guide Deutschland koordiniert. „Solange Banken intransparent agieren oder sogar ihre eigenen Richtlinien unterlaufen, solange werden wir Bankkunden darüber informieren, ob ihre Gelder zum Beispiel für Rüstungsprojekte, Klimazerstörung oder Steuerfluchtgeschäfte verwendet werden“, so Küchenmeister.

Gerade beim Thema Klimawandel haben sich die Banken am wenigsten bewegt und schneiden durchschnittlich am schlechtesten ab. „Es ist schon bemerkenswert, dass ausgerechnet die Landesbank LBBW aus dem grün-schwarz regierten Baden-Württemberg über keinerlei Ausschlusskriterien in Bezug auf den hochgradig klimaschädlichen Energieträger Kohle verfügt“, sagt Sarah Guhr, Projektleiterin des Fair

Finance Guide Deutschland. Die Selbstverpflichtungen der untersuchten Banken reichten nicht aus, um die beschlossenen Pariser Klimaziele umzusetzen.

Die wenigsten Berührungspunkte in Bezug auf die Rüstungsindustrie zeigt die Deutsche Bank, wie auch die Konzerntochter Postbank, was aus menschenrechtlicher Sicht sehr problematisch ist. „Die Postbank beruft sich öffentlich ausschließlich auf unverbindliche Universalstandards wie den UN Global Compact“, erklärt Johanna Sydow von Germanwatch. „Auch das erklärt das schlechte Ergebnis bezüglich sozialgesellschaftlicher Aspekte sowie der Art der Unternehmensführung.“ Der Verweis der Bank auf interne Selbstverpflichtungen reiche nicht aus, da diese nicht öffentlich und damit nicht überprüfbar sind.

Auch beim Thema Steuern attestiert der Fair Finance Guide den Banken schlechte Noten mit Verweis auf mangelnde Richtlinien zur Vermeidung von Steuerflucht. Insgesamt tauchen laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung 28 deutsche Geldinstitute in verschiedenen Zusammenhängen in den Panama Papers auf, darunter auch die Commerzbank, die Deutsche Bank, die DZ Bank, die LBBW und die HypoVereinsbank.

„Für die genossenschaftlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Institute DZ Bank und die LBBW lassen sich nur geringfügige Verbesserungen feststellen, sie verharren auf den hinteren Plätzen“, kritisiert Antje Schneeweiß von SÜDWIND. Grundsätzlich ist aber ein positiver Einfluss des Fair Finance Guide auf die Branche festzustellen. „In sieben Fällen wurden von Banken verbesserte Nachhaltigkeitsrichtlinien veröffentlicht, die auch auf das Engagement des Fair Finance Guide und den intensiven Dialog mit den Banken zurückzuführen sind“, betont Mario Dziamski von Rank a Brand. Um in Zukunft das Ambitionsniveau der Banken weiterhin zu erhöhen, werden Bankkundinnen und -kunden noch aktiver entsprechende Informationen einfordern und nachhaltige Finanzprodukte nachfragen müssen. Auch hierfür möchte der Fair Finance Guide

eine Entscheidungshilfe sein.

Facing Finance und die Kooperationspartner im Fair Finance Guide werden ihre Zusammenarbeit fortsetzen und ausweiten. Zudem ist vorgesehen, anhand von öffentlich zugänglichen Fallstudien kontinuierlich zu prüfen, ob Banken ihre ESG-Richtlinien einhalten.

Ziel des Fair Finance Guide Deutschland ist es, für Bankkundinnen und -kunden mehr Transparenz und Vergleichbarkeit in Bezug auf die soziale und ökologische Bilanz deutscher Banken herzustellen und ihnen die Möglichkeit zu geben, die Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle besser beurteilen zu können. Dafür steht das anhand von 250 Kriterien detailliert recherchierte und frei zugängliche ESG-Bewertungsportal zur Verfügung: [www.fairfinanceguide.de](http://www.fairfinanceguide.de)

Der Fair Finance Guide Deutschland ist Teil des Netzwerkes Fair Finance Guide International ([www.fairfinanceguide.org](http://www.fairfinanceguide.org)), gegründet von Oxfam Novib und finanziert von der schwedischen Entwicklungsbehörde Sida. Die dem Projekt zugrunde liegende, umfassende Methodik wurde mit Unterstützung der niederländischen Agentur Profundo ([www.profundo.nl](http://www.profundo.nl)) entwickelt. Der FFG International umfasst derzeit 9 Länder und vereint annähernd 40 Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Umweltgruppen und Verbraucherorganisationen.

**Bei Rückfragen und Interviewwünschen wenden Sie sich bitte an:**

**Thomas Küchenmeister | FACING FINANCE | 0175-4964082 |  
[kuechenmeister@facing-finance.org](mailto:kuechenmeister@facing-finance.org)**

**Ein Projekt von:**

Facing Finance e.V.  
Schönhauser Allee 141, HH 2 | 10437 Berlin  
[kontakt@facing-finance.org](mailto:kontakt@facing-finance.org)  
[www.facing.finance.org](http://www.facing.finance.org)

**In Kooperation mit:**

SÜDWIND e.V.

Kaiserstraße 201 | 53113 Bonn

[schneeweiss@suedwind-institut.de](mailto:schneeweiss@suedwind-institut.de)

[www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de)

Germanwatch e.V. .

Stresemannstraße 72 | 10963 Berlin

[sydow@germanwatch.org](mailto:sydow@germanwatch.org)

[www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

Rank a Brand e.V

Gneisenaustraße 30 | 10961 Berlin

[mario.dziamski@rankabrand.de](mailto:mario.dziamski@rankabrand.de)

[www.rankabrand.de](http://www.rankabrand.de)

## **Kontakt**

Vera Schumacher

Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising /

Public Relations and Fundraising

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-14

Fax: +49 (0)228-763698-22

E-Mail: [schumacher@suedwind-institut.de](mailto:schumacher@suedwind-institut.de)

Website: [www.suedwind-institut.de](http://www.suedwind-institut.de)

---

**GLS Bank belegt erneut 1.**

# Platz im Banken-Vergleich „Fair Finance Guide“

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018

Presseinformation

**Bochum, 15.11.2016. Der Fair Finance Guide bescheinigt der GLS Bank erneut, dass sie das Geld ihrer Kundinnen und Kunden besonders verantwortungsvoll anlegt und dabei Rücksicht nimmt auf Menschen, Gesellschaft und Umwelt. Die GLS Bank belegt den ersten Platz vor neun anderen geprüften Instituten.**

Der „Fair Finance Guide“ geht zurück auf die Initiative von mehreren NGOs – darunter Facing Finance, Südwind, Germanwatch und Rank a Brand – die deutsche Banken hinsichtlich ihres Umgangs mit Menschenrechten, Umweltstandards etc. bewerten.

In der jetzt veröffentlichten zweiten Untersuchung wurden zehn Banken analysiert, darunter auch die Deutsche Bank, Hypovereinsbank und Postbank. Insgesamt 240 Aspekte flossen in die Bewertung ein, die Richtlinien und deren Einhaltung zu ökologischen und sozial-gesellschaftlichen Aspekten und der Art der Unternehmensführung unter die Lupe nimmt.

Die GLS Bank erhielt nun erneut die höchste Punktzahl. Obwohl die Anforderungen der Bewertung inzwischen weiter gestiegen sind, kommt sie auf insgesamt 93 Prozent von 100 Prozent und erfüllt damit die meisten Bewertungskriterien des Fair Finance Guide. Neben der hohen Transparenz der GLS Bank lobten die Initiatoren des Fair Finance Guide die klare Haltung zum Thema Rüstungskonzerne. So wurde festgestellt, dass die GLS Bank hier keinerlei Investitionen in den durch die GLS Bank aufgelegten Fonds tätigt.

Die Anlage- und Finanzierungsgrundsätze der GLS Bank enthalten Vorgaben mit 7 Positivkriterien und 14 Negativkriterien, die etwa Atomkraft, Rüstung und Tierversuche ausschließen. Ein

eigenes Research und der mit unabhängigen Experten besetzte GLS Anlageausschuss nehmen für jedes Unternehmen eine präzise inhaltliche Bewertung vor. Auch externe Nachhaltigkeitsratings fließen ein. Daraus entsteht das Anlageuniversum der GLS Bank.

Mehr Informationen zum „Fair Finance Guide“:  
[www.fairfinanceguide.de](http://www.fairfinanceguide.de)

## **Über die GLS Bank**

Die GLS Bank bietet ihren Kunden alle Leistungen einer Hausbank, wie sozial-ökologisch sinnvolle Geldanlagen, Girokonto, Sparangebote, Zahlungsverkehr, Finanzierungen und Beteiligungen. Über ihre Partnereinrichtung GLS Treuhand ist auch der Bereich Stiften und Schenken abgedeckt. Die GLS Bank bietet ihren Kunden an, Mitglied und somit Eigentümer der Bank zu werden. Mit zielgerichtet sozial-ökologischen Investitionen und einer umfassenden Transparenz bietet sie ihren Mitgliedern und Kunden einen dreifachen Gewinn: menschlich, zukunftsweisend, ökonomisch.

## **Kontakt**

Christof Lützel  
Pressesprecher / Prokurist  
Kommunikation und Entwicklung  
[christof.luetzel@gls.de](mailto:christof.luetzel@gls.de)  
[presse@gls.de](mailto:presse@gls.de)

GLS Bank  
Christstraße 9  
44789 Bochum

Telefon +49 (0) 234 5797 5178  
Fax +49 (0) 234 5797 5157  
Mobil +49 (0) 173 2786963

[www.gls.de/presse/](http://www.gls.de/presse/)  
[www.twitter.com/gls\\_presse](https://www.twitter.com/gls_presse)  
[www.blog.gls.de](http://www.blog.gls.de)

---

# **Neue SÜDWIND-Studie erschienen: „Klimafinanzierung gestalten. Damit Armutsbekämpfung nicht zurückbleibt.“**

geschrieben von Andreas | 23. Januar 2018  
Pressemitteilung

Bonn, 03.11.2016: Ab kommendem Montag wird in Marrakesch im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen wieder über den Klimaschutz und die Umsetzung des Klimaabkommens von Paris verhandelt. Dann wird es auch wieder darum gehen, wie die Industrienationen Entwicklungsländer beim Klimaschutz und den Anpassungsmaßnahmen unterstützen können oder vielmehr müssen. Dabei darf es aber nicht nur um die Höhe der Gelder gehen, die die Industrienationen hierfür zur Verfügung stellen. Vielmehr muss auch Sorge dafür getragen werden, dass die Mittel im Sinne der Armutsbekämpfung und sozialen Gerechtigkeit eingesetzt werden. Das ist das Ergebnis der Studie „Klimafinanzierung gestalten. Damit Armutsbekämpfung nicht zurückbleibt“ von SÜDWIND, die heute erschienen ist.

Seit vereinbart wurde, dass die Industrienationen bis zum Jahr 2020 jährlich 100 Mrd. US-Dollar für klimarelevante Maßnahmen in Entwicklungsländern bereitstellen sollen, ist die internationale Klimafinanzierung deutlich angestiegen. Diese Mittel werden jedoch nicht nur als Klimafinanzierung angerechnet sondern auch auf die internationale Entwicklungsfinanzierung. So gilt seit den 1970er Jahren die

internationale Verpflichtung, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen, ein Ziel, das bislang nur von ganz wenigen Ländern erreicht wurde. „Da ein Dollar aber nicht zweimal ausgegeben werden kann, ist es umso wichtiger, dass beide Verpflichtungen, d.h. Klimafinanzierung und Armutsbekämpfung gleichermaßen im Blick behalten werden,“ so Irene Knoke, Entwicklungsexpertin bei SÜDWIND und Autorin der Studie.

Die vorliegende Studie versteht sich als Plädoyer dafür, dass Entwicklung und Klimaschutz stärker verzahnt werden müssen. Insbesondere wenn öffentliche Mittel der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden, muss die Entwicklung neuer Technologien für den Klimaschutz zum Beispiel zur Erhöhung der Produktivität lokaler ProduzentInnen beitragen. Auch der Umbau der Energiesysteme hin zu erneuerbaren Energien kann dazu führen, dass marginalisierte Gruppen Zugang zu sauberer Energie bekommen. Dafür sei es notwendig, für die Klimafinanzierung die Kriterien anzuwenden, die in der Vergangenheit Einzug in die Entwicklungsfinanzierung gefunden hätten: Wirkungsorientierung, Eigenverantwortung der Empfängerländer und die Anpassung von internationalen Maßnahmen an die nationalen Strategien der Länder, meint Knoke weiter.

Angesichts knapper Kassen werden aber auch immer mehr öffentliche Mittel dafür verwandt, zusätzliche private Mittel zu mobilisieren. „Diese an sich wichtige und auch notwendige Mobilisierung von privaten Investitionen muss allerdings auch kritisch hinterleuchtet werden. Insbesondere dann, wenn es um Sozialstandards und Menschenrechte geht. Der Privatsektor verfolgt nun einmal andere Interessen als die öffentliche Hand“, so Knoke.

Die von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderte Studie kann hier oder über [info@suedwind-institut.de](mailto:info@suedwind-institut.de) bestellt werden und steht ab sofort hier zum Download bereit.

**Kontakt:**

Irene Knoke, Telefon: 0228- 763698-12

E-Mail: [knoke@suedwind-institut.de](mailto:knoke@suedwind-institut.de)